



FDP Ratsfraktion – Leopoldstr. 18 - 32756 Detmold

Stadt Detmold
Herrn Bürgermeister Hilker

32754 Detmold

Ratsfraktion Detmold

Thomas Trappmann
- Vorsitzender -

Telefon: 05231 – 570 114
Fax: 05231 – 570 998
e-mail: Thomas@Trappmann.info

Detmold, 22.5.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die FDP-Ratsfraktion stellt für die nächste Sitzung des Ausschusses für Tiefbau und Immobilienmanagement folgende Anträge:

1.0)

Die Ratsfraktion der FDP beantragt, dass die Verwaltung der Stadt Detmold möglichst kurzfristig und detailliert darstellt und begründet, welche Veränderungen und Eingriffe innerhalb der nächsten drei Jahre bei den innerstädtischen Verkehrswegen angedacht und welche Zielsetzungen damit verbunden sind.

Begründung:

In Kürze beginnen die umfangreichen Baumaßnahmen in der Paderborner Straße als auch in der Lemgoer Straße. Die Bauarbeiten werden hier mindestens 3 Jahre andauern. Die Verkehrsbelastung beträgt für jede Straße 11.000 – 14.000 Kfz/täglich. Beide Straßen gehören somit zu den wichtigsten Verkehrsadern Detmolds und sind für den innerstädtischen Einzelhandel, den Tourismus, für Berufspendler, Schüler und Studenten sowie Anwohner von vorrangiger Bedeutung. Durch die Vollsperrung der Lemgoer Straße und durch die umfangreichen Baumaßnahmen in der Paderborner Straße muss während der Baumaßnahmen mit erheblichen Verkehrsbehinderungen im gesamten Innenstadtbereich gerechnet werden. Ein Konzept bzw. Überlegungen seitens der Stadt, wie die Verkehrsströme während der Bauphasen gesteuert werden könnten, liegen uns aktuell nicht vor. Die neue Wegfindung unterliegt alleinig den Ortskenntnissen der betroffenen Verkehrsteilnehmer.

Mit erheblichen Belastungen für die Anwohner an den verbleibenden Einfallstraßen (z.B. Siegfriedstraße und Richthofenstraße) ist daher zu rechnen.

Da nicht vorhergesagt werden kann, wie sich die Verkehrsflüsse während der Bauphasen entwickeln werden, sollten aktuell sowohl keine weiteren Baumaßnahmen als auch Änderungen in der Verkehrsführung (z.B. Benekestraße) im Innenstadtbereich vorgenommen werden.

In diesem Zusammenhang ist u.E. auch zu berücksichtigen, dass demnächst langwierige Bauarbeiten auf der Verbindung zwischen Detmold und Lage beginnen sollen, die zusätzlich für Änderungen der Verkehrsströme sorgen werden.

2.0)

Die Ratsfraktion der FDP beantragt, dass die Verwaltung der Stadt Detmold darstellt und begründet, welche Maßnahmen seitens der Stadt innerhalb der nächsten drei Jahre ergriffen werden, um den innerstädtischen Radverkehr attraktiver und sicherer zu gestalten.

2.1)

Die Ratsfraktion der FDP beantragt, dass in Zukunft der Ausbau von Radwegen und Routen jenseits der Hauptverkehrsstraßen vorrangig behandelt und bedacht wird. Hauptverkehrsstraßen sind zukünftig für den Fahrradverkehr nachrangig zu behandeln und sind verstärkt dem Individualverkehr und dem ÖPNV vorzuzulassen.

Begründung:

Um den innerstädtischen Radverkehr attraktiver und sicherer zu gestalten, ist es aus unserer Sicht zwingend notwendig, dass die Stadt den Ausbau der Radwegeinfrastruktur jenseits der Hauptstraßen forciert und hierfür eine Gesamtkonzept erarbeitet, dieses vorstellt und anschließend nach Beschluss umsetzt.

Radwege entlang von innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen, ohne dass der Radweg räumlich von der Fahrbahn als auch vom Bürgersteig getrennt ist, können immer nur als Notlösungen betrachtet werden, auch wenn sie regelkonform ausgeführt worden sind. Das vermehrte Radfahren auf dem Bürgersteig wie es tagtäglich in der Siegfriedstraße als auch in der Elisabethstraße zu beobachten ist, ist Beleg dafür, dass diese Maßnahmen nicht zur Steigerung des Sicherheitsgefühls bei den Radfahrern geführt haben. Der angedachte Versuch in der Elisabethstraße mit einer neuen Aufteilung der Fahrbahnfläche wird daran ebenso nichts ändern.

Nicht jede innerstädtische Hauptverkehrsstraße muss auch einen Radweg bekommen. Auch Radfahrern muss es zumutbar sein, dass sie geringe Umwege zu ihrer eigenen Sicherheit in Kauf nehmen müssen, Beispiel: Bachstraße anstelle Elisabethstraße.

Das Streichen der Eurobahn – Direktverbindung von Detmold nach Bielefeld-, die Einstellung der Touristiklinie, die Personalnot im ÖPNV (4 von 10 Busfahrern sind älter als 55 Jahre) sind alarmierende Anzeichen für das Nichtgelingen der angestrebten Mobilitätswende. Für Detmold wird dies realistischerweise bedeuten, dass mit einer Zunahme des Individualverkehrs speziell bei Ein- und Auspendlern zu rechnen ist. Dieser Umstand darf nicht einfach ausgeblendet werden. Viele Einwohner Detmolds werden daher weiterhin verstärkt auf das Auto angewiesen sein. Auch diese Verkehrsteilnehmer haben den Anspruch, dass sie pünktlich zu ihrem Arbeitsplatz, zum Kundentermin, zur Universität oder Schulen oder zum Arzttermin kommen. Sie sind keine Verkehrsteilnehmer 2. Klasse. Ebenso muss sichergestellt werden, dass Detmold für Besucher, Geschäftsleute und Touristen jeglicher Art weiterhin gut erreichbar bleibt. Ein Wegbleiben dieser Gruppen hätte fatale wirtschaftliche Folgen für Einzelhandel, Gastronomie, Kultur und Wirtschaft.

Wir als FDP plädieren daher für eine Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmergruppen sowie für mehr Pragmatismus in der Verkehrsplanung anstelle von der Umsetzung rein ideologisch geprägten Maßnahmen, die einzig und allein die Behinderung des Individualverkehrs zum Ziel haben.

3.0)

Die Ratsfraktion der FDP beantragt, dass die Verwaltung der Stadt Detmold zuerst die jeweils zuständigen politischen Gremien der Stadt Detmold über die angedachten Veränderungen der Verkehrswege sowie aller Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen informiert und dort zur Diskussion stellt, danach die Öffentlichkeit im Rahmen von Presse-Veröffentlichungen bzw. auch einer Bürgerbeteiligung mit einbindet und anschließend die Maßnahme zur finalen Abstimmung in den politischen Gremien erneut vorlegt.

Begründung:

In jüngster Zeit ist es vermehrt vorgekommen, dass die Stadtverwaltung zuerst die Öffentlichkeit in Form einer Pressemitteilung informierte und danach erst die zuständigen Gremien wie den Rat der Stadt Detmold bzw. die zuständigen Ausschüsse. Diese Vorgehensweise finden wir sehr befremdlich, da sie einer Missachtung der gewählten politischen Vertreter gleichkommt.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Trappmann

gez. Axel Cichon
gez. Thomas Gottschalk
gez. Guido Wendt